

Der 15. Jahrestag der DGBU.

Das geistliche Schwert der Revolution

Die gesamte Sowjetpresse ist dem 15. Jahrestag der DGBU gewidmet. Sie bringt zahlreiche Begrüßungen der Arbeiterorganisationen, der Parteikomitees, der Sowjetregierung und anderer Sowjet- und Gesellschaftsorganisationen. Die Begrüßungen des Genossen Stalin lautet:

„Gruß den Mitarbeitern und Kämpfern der DGBU, die durch ihre Arbeit die Revolution der Arbeiterklasse und der Bauernschaft der Sowjetunion erfüllt haben. Ich wünsche dem gesamten Kollektiv der DGBU, das geistliche Schwert der Revolution zu sein.“

Die Begrüßung des Zentralsekretariatskomitees der Sowjetunion lautet:

„Das Präsidium des Zentralsekretariatskomitees der Sowjetunion begrüßt die Mitarbeiter der DGBU, die die großen Aufgabenstellungen der Arbeiterklasse bei der Festigung der proletarischen Diktatur, auch weiterhin die Sowjets beistehen werden gegen jegliche Vorfälle auf ihre Macht und Stellung.“

Die Belegkammerverhandlungen des Autokratens „Gorki“ stellen:

„DGBU. — Die Worte rufen Schrecken bei den Feinden des Sozialismus hervor und erwecken Liebe bei den Arbeitern und allen Befähigten des großen Sowjetlandes. Darin beruht auch die Kraft der DGBU, daß sie, auf Millionen Proletarier und Bauern unseres Landes gerichtet, für die Interessen der Arbeiter und Bauern in unserem Lande eintritt, einen unermüdeten Kampf gegen alle Feinde der Revolution führt und führt.“

Kriegstransport nach Japan aufgehalten!

London, 22. Dezember. Die Presse berichtet, daß das Schiff „Caronia“, das früher der Cunard-Linie gehörte und vor kurzem von Japan angefaßt wurde, dem Schein nach zum Kriegsmaterial in Westindien aber für die Belieferung von Kriegsmaterial aus Europa, an der Küste von Mexiko von Japan aufgehalten worden ist, da über die vier Tausend im Schiffen Schmelzwerke geladen wurde. Der verurteilte Schaden wird auf mehr als 1000 Tausend geschätzt.

Der sozialdemokratische „Daily Herald“ stellt in Mexiko, daß das Schiff mit Kriegsmaterialien beladen gewesen sei und mit Kriegsmaterialien beladen werden sollte, und beschuldigt die Kommunisten, „diesen Vorfall“ herbeigeführt zu haben.

Kleine Meldungen

Unrechtes Klassenurteil gegen Arbeiter in der Schweiz. Der sozialistische Emigrant, Genosse Jabb, wurde von einem schweizer Gericht wegen angeblichen Mordversuchs zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilt. Sein „Verbrechen“ bestand darin, daß er die Provokationen der Ruffoloni-Spindel zur Wehr genommen hat. Dieses Urteil hat eine gewaltige Empörung der gesamten Arbeiterklasse hervorgerufen.

Arbeitslosigkeit gegen städtische Kommunisten. Das Stambuler Gericht verurteilte 17 Arbeiter, darunter eine angebliche deutsche Kommunistin namens Wilba, zu Strafen von drei bis sieben Jahren Gefängnis.

Streik mit Betriebsbelegung in rumänischen Bergwerk. Die Arbeiter des Bergwerkes Sataja sind in dem Streik getreten, um die Auszahlung der rückständigen Löhne zu erzwingen. Sie haben Betriebsbelegung durch die Arbeiter in Rumänien.

Erste Abklärung der Auslieferung Supinewo. Der rumänische Konsul in Tokio hat den Sowjetkonsul Tschibrikow besucht. Im Verlauf der Unterredung teilte der Sowjetkonsul im Auftrag der Sowjetregierung mit, daß die Sowjetunion es ablehne, Supinewo und seine Begleitung auszuliefern. Im übrigen könne diese Frage nicht weiter Gegenstand von Verhandlungen sein, da zwischen der Sowjetunion und Rumänien keine diplomatischen Beziehungen bestehen.

Freche Antifowjethebe der „Germania“

Berkechte Aufforderung zum Bruch der diplomatischen Exterriorität der Sowjetvertrittenen Gefeierte Antifowjetkampagne des deutschen Imperialismus

In einem Artikel „Zwanzig Jahre DGBU“ in der „Germania“, seit langem schon eines jener Organe der deutschen Bourgeoisie, die zur Intervention gegen die Sowjetunion treiben, folgende (schamlose) Antifowjethebe:

„In jenen Staaten, in welchen amtliche Vertretungen der Sowjetunion akkreditiert sind, befindet sich unter dem Schutze diplomatischer Immunität ein Groszähler der DGBU, der „offiziell“ als Getreide- oder Futtermittelgeschäft, doch in Wirklichkeit als Getreide- oder Futtermittelgeschäft, die von den Handelsvertretern der Sowjetunion, die, wenn es territorial, wegen ihres größeren Tätigkeitsbereiches in gleicher Weise dem Reich vorzuziehen sind, noch günstigerer Möglichkeiten bieten... Den letzten Beauftragten der Komintern, welche ebenfalls in allen Ländern der Erde angestrebt hat, haben sie hellend an Hand zu gehen; hierbei handelt es sich um die Unterwühlung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der bürgerlichen Staaten.“

Diese unerschämten lägenhaften Behauptungen signalisieren den verächtlichen Antifowjetismus der deutschen Bourgeoisie. Es ist bekannt, daß eine ähnliche Hege seinerzeit zu dem Ueberfall auf die Handelsvertretung der USSR, am 1. März 1918, in England auf die Sowjethandelsgesellschaft „Kraos“ geführt hat. Daß diese

Hege nicht etwa zufällig ist, beweist ein Artikel in der „Baseler Arbeiterzeitung“, in dem in das gleiche Horn getruet wird. In einer Betrachtung über die proletarischen Hungerdemonstrationen schreibt dieser Blatt u. a.:

„Da durch diese Mäßigkeit nahezu alle Staaten benutzbar werden, wird wieder der Schein einer Antifowjetkampagne in den Vordergrund gerückt, auf der diese internationale Bewegung aufrecht werden soll. Die Sowjetregierung betrachtet allerdings, mit diesen Behauptungen in Verbindung zu stehen. Man wird aber auf diese Abkündigung nicht viel Wert legen können.“

Diese Methode ähnelt auf Haas jener Antifowjethebe, die in der letzten Zeit nach der Kündigung des Handelsvertrages von den englischen Konservativen betrieben wird. Sie ähnelt dieser Hege so sehr, daß man überzeugt sein kann, daß die Kriegstreiber in der „Germania“ und in der „Baseler Arbeiterzeitung“ nicht nur aus den Quellen des deutschen Finanzkapitals, sondern auch aus der Werkstatt des belagerten Petersburg gestrichelt werden. Wie dem auch sei, das deutsche Proletariat muß aus diesen frechen Anschuldigungen der deutschen imperialistischen Presse erkennen, welche verwerflichen Pläne von der deutschen Bourgeoisie vorbereitet werden. Diese Pläne müssen an dem ehernen Widerstand der Weltbürgerheit scheitern.

Die Kriegsverchwörer von Belgrad

Gefährliche Ergebnisse der Konferenz der Kleinen Entente

Belgrad, 22. Dezember. Die Konferenz der Kleinen Entente ist beendet. Über die Einzelheiten der dort gepflogenen Verhandlungen wird künftighin ausführlicher berichtet. Als vorläufiges Resultat der Konferenz wird gemeldet, daß die Kleinen Entente-Mächte beschlossen haben, ein künftiges Getreide- und Futtermittelgeschäft mit dem Ziel in Genf einzurichten. Die Bedeutung einer solchen Zentralisierung der Kleinen Entente darf angesichts der zunehmenden Verschärfung der imperialistischen Gegensätze vom Standpunkt der Kriegsverwörer nicht unterschätzt werden. Sie soll zum Teil ein französisches Gegengewicht gegenüber dem italienischen Block bilden in Zentral-Europa bilden und die Möglichkeit geben, jederzeit schnell die Willkürmacht der drei Staaten im Falle des Ausbruchs eines offenen Konflikts einzusetzen.

Die französische Regierungspresse betont ausdrücklich, daß die Konferenz der Kleinen Entente den Zweck gehabt habe, die Vorkriegsverhältnisse der Verträge von 1918 und 1919 zu sichern und einen letzten Widerstand gegen gewisse „imperialistische Pläne“ (gemeint sind die Scheinbündnisse Italo-Jugoslawien) zu organisieren. Es ist wirklich rätselhaft, wie die Imperialisten, in deren Sprache sich das Wort „imperialistisch“ als verpöndet gilt, diese Behauptung sehr gern wahren, wenn es sich um Pläne eines Gegners handelt.

Schließlich vermerkt die französische Regierungspresse auch mit schillernder Befriedigung, daß die Kleinen Entente beschlossen habe, daß der italienisch-rumänische Grenzkonflikt vorläufig, der in diesen Tagen abläuft, nicht wieder verlängert wird, falls Italien die Bedingung stellt, daß Rumänien sich im Konfliktfall zwischen Italien und einer dritten Macht (nämlich Frankreich und Jugoslawien) neutral verhalten müsse.

Wenn nicht schon die chauvinistischen Demonstrationen in Italien und Jugoslawien, der Rotenwechsel zwischen den beiden imperialistischen Regierungen die außerordentliche Verschärfung der imperialistischen Gegensätze in Süd-Europa und im Mittelmeer erweisen hätten, so würden allein schon die im Zusammenhang mit der Konferenz der Kleinen Entente mitgeteilten Tatsachen genügen, um dem Proletariat zu zeigen, welche großen Gefahren an diesem Knotenpunkt der imperialistischen Konflikte erneut herauszuheben. Bereuen wir niemals, daß es in der Gegenwart alljährlich imperialistischen Konflikte liegt, daß in den Dunkelkammern diplomatischer Stabskabinets zu entwickeln, daß aber, wie beim letzten Weltkrieg, ein einziger Punkt genügt, um das ganze Weltvergnügen in Brand zu legen. Das Proletariat muß seine Wachsamkeit gewaltig steigern. Darin besteht der große Sinn der revolutionären Antifowjetkampagne, die in allen kapitalistischen Ländern von der Tagung des Weltkomitees gegen den imperialistischen Krieg in Paris ausgeht und gegenüber der chauvinistischen Welt, die von der Bourgeoisie auch in Deutschland demütig organisiert wird, um die imperialistische Grundlage für den neuen imperialistischen Krieg zu schaffen, muß das Proletariat das brüderliche Band mit den Weltbürgern aller Länder stärken. Diese Antifowjetkampagne muß den Kriegstreibern in Deutschland in allen imperialistischen Ländern beweisen, daß sie Sturm ernten werden, wenn sie Wind sein!

Neuer Straßenbahnstreik in Sofia

Sofia, 22. Dezember. Die Straßenbahner von Sofia arbeiten unter ganz besonders schlechten Bedingungen. Gegen einen neuen Angriff der Unternehmer auf die Löhne und für Verbesserung der Arbeitsbedingungen traten über 300 Straßenbahner in einem Streik, der von den revolutionären Transportarbeitergewerkschaften geführt wird. Der Streik wird trotz Mahnungen der Direktion, die bereits 33 strikierende Teilnehmer entlassen hat, und trotz Polizeigerichtsurteil durchgehalten. Die Straßenbahner, die bereits jahrelang angehalten sind, werden als „Zeitarbeiter“ betrachtet und erhalten die Löhne nach der ständigen Lohnskala. Sie haben keinen freien Tag. Gegen diese Maßnahmen der Direktion richtet sich der gegenwärtige Kampf.

Die französische Regierungspresse betont ausdrücklich, daß die Konferenz der Kleinen Entente den Zweck gehabt habe, die Vorkriegsverhältnisse der Verträge von 1918 und 1919 zu sichern und einen letzten Widerstand gegen gewisse „imperialistische Pläne“ (gemeint sind die Scheinbündnisse Italo-Jugoslawien) zu organisieren. Es ist wirklich rätselhaft, wie die Imperialisten, in deren Sprache sich das Wort „imperialistisch“ als verpöndet gilt, diese Behauptung sehr gern wahren, wenn es sich um Pläne eines Gegners handelt.

Das Rote Hai-Feng

Aus dem OHNEISCHEN Fortsetzung

Die Vollgötter schlugen auf Ju-Kun ein und schleppten ihn nach dem Hofe des Kaisers, wo er seine Kleider auf dem Hofe ablegte. Er trug ein orangefarbenes Kleid mit einem roten Gürtel. Nachdem er sich umgezogen hatte, trat er zu dem Kaiser und sagte: „Ich habe die Summe der nächsten Tage erreicht, die ich für die nächsten Tage erreicht werden würde, erhielt Ju-Kun die Freiheit wieder.“

Am nächsten Tage stellte sich Ju-Kun mit dem Gelde im Bauernbund ein und erbat sich getrennt Bericht über das Geschehene, worauf der Kaiser folgende Entscheidung traf: „Sage den Vollgöttern, falls sie dir nach Zahlung eines Lohnes für die Abkündigung Geld abverlangten, daß du das Geld im Bauernbund hinterlegt hast und daß sie sich an uns wenden sollen.“

Darauf erklärten die Väter die Bedingungen, wie sie sich bei der Vernehmung zu verhalten hätten und kehrten sich dem Kaiser. Der Kaiser wandte sich an Tschu-Ko und führte aus, die von ihm gegen die Väter erhobene Anschuldigung, sie hätten kein Zeugnis abgeben, müsse, da der Kaiser keinerlei Beweise erbringen könne, zurückgewiesen werden.

Tschu-Ko war anfänglich ganz betreten, behauptete dann aber, daß er Beweise erbringen könne — und zwar schon in der nächsten Gerichtsverhandlung. Der Richter erklärte die Verhandlung für beendet.

Die Bitte der Väter, ihnen die Vorladung schriftlich durch den Bauernbund zukommen zu lassen, wurde vom Richter bewilligt. Damit war die Angelegenheit erledigt.

„Es ist noch nie vorgekommen, daß ein Grundherr, der gegen einen Bauern klagt, abgewiesen wurde“, behauptete der Kaiser bei den anderen Grundherren. „Denn ich nur der Bauernbund schuld. Wir dürfen die Gesetze nicht zu verletzen, nicht nachzugeben lassen — sonst wird er uns allen schuldig machen.“

Berner behauptete er, der Richter Tschu-Ko habe sich vom Bauernbunde lassen.

Tschu-Ko brachte alle Grundherren, die in Hai-Feng ihren Wohnsitz hatten, in Kufuhr. Der Bezirksbeamte Tschu-Ko, der bei dem Tschu-Ko ein Verhör einleitete, an der über fünfzig Grundherren und hohe Beamte teilnahmen, darunter Vertreter der Behörden und verschiedene einflussreiche Persönlichkeiten. Es war ein imposanter Anblick — alle die langen Geländebänder, die Seitenwände, die vielen goldgelben Hülsen, des goldenen Hutes und Ketten, die runden Gesichter und die vorgelegten Schmerzbüchse.

Vorsitzender war Tschu-Ko.

„Gemeinsames Eigentum, gemeinsames Frassen, das ist es, wonach der Bauernbund trachtet“, führte er aus. „Vom Bauernbund werden die Richter befohlen, die Grundherren beschimpft. Wir haben den Grund und Boden für unser lauer erworbenes Geld gekauft, wir zahlen die Grundsteuer, alles Eigentum muß einen Herrn über sich haben, dieses Gesetz gilt im Himmel wie auf Erden. Der Schädling Feng-Vai aber hegt die unwissenden Bauern auf, er führt sie zum Aufruhr. Wird ihnen nicht rechtzeitig Gehalt gegeben, so würde uns schlimm ergehen und der Regierung auch. Die Grundherren werden keine Grundsteuer zahlen können, die Staatskasse wird leer bleiben. So kann aber noch schlimmer werden, es kann zu einem Aufruhr kommen.“

Diese Rede wurde mit lautem Beifall aufgenommen.

Ein Tschu-Ko Grundherr und Beamter brachte den Vorschlag ein, als Gegenmaßnahme dem Bauernbund einen Verband der Grundherren zu gründen. Der Vorschlag fand lebhaften Anklang, dem Vorgesetzten wurde die Ausarbeitung der Statuten übertragen. Darauf ergriff Tschu-Ko, ebenfalls eine scharfe Verurteilung, des Wortes.

„Der Richter Tschu-Ko ist lang nach der Weisheit des Bauernbundes. Er kümmert sich weder um uns, noch um unsere Interessen. Er hat nicht empfunden? Ich schlage vor, daß wir ihn anschauen und ihm ein Ultimatum stellen: entweder er läßt die Väter des Tschu-Ko verhaften — oder wir zeigen ihm den Reich.“

Genaueres Besprechungsprotokoll.

Als der Richter Tschu-Ko von der Erde erhob, wachte er nicht an noch ein. Tschu-Ko, langte ihn gehend ab und verlangte, er solle die Väter unverzüglich freilassen lassen. „Soll geschrien, soll geschrien!“ — wiederholte der Richter ein ums andere Mal unzufrieden. So mußten aber doch beide Parteien zur Vernehmung geladen werden.

Tschu-Ko beauftragte, die Vernehmung solle in Gegenwart der Vertreter des neuorganisierten „Schutzverbandes der Grundherren“ stattfinden. Der Richter gab auch hierin nach.

Zwei Tage darauf ließ Tschu-Ko durch den Bauernbund die Väter verhaften. Dies kam so unerwartet, daß wir eine außerordentliche Beratung des Bauernbundes einberiefen.

Anfangs beschloß der Bauernbund, seinerseits Vertreter zur Vernehmung zu entsenden; doch blieb uns keine Zeit mehr, die notwendigen Formalitäten zu erledigen. Außerdem handelte es sich ja um einen Zivilprozeß und in Zivilsachen dürfen die Angeklagten vor dem Urteilspruch in keinem Falle verhaftet werden. Daher konnten die Väter unbefristet zur Verhandlung erscheinen, die Vertreter des Bauernbundes aber würden nicht unversehrt bleiben, auf Zutritt zum Gerichtssaal zu erlangen. Alle waren bereit einzuhandeln.

Es wurde schon zum Aufbruch gerufen, als folgende Mitteilung eintraf:

„Der Schutzverband der Grundherren hat eine Rente von Landbesitzern gezwungen, die an den Op- und Knecht des Bauern im Hinterhause liegen, um über sich hinwegzusetzen, sobald sie sich der Stadt nähert.“

Darauf kamen wir überein, daß die Angeklagten sich nicht auf den Weg machen, die übrigen sich aber bereithalten sollten. Im Gerichtssaal hatten sich 70 bis 80 der mächtigsten Bauern und Grundherren eingefunden. Der Richter war ganz verdutzt, nahm keine richtige Vernehmung vor, sondern gab sofort den Befehl, man solle die Väter freilassen und ins Gefängnis werfen. Die „Väter“ hatten alle vollständige Beweismittel erhalten, — sie gingen befriedigt heim.

Dem Vorgesetzten des Richters, der in Verbindung des Geistes ungeschuldige willkürlich verhaften ließ, konnte nur Gewalt entgegenzusetzen werden. Sofort wurde eine außerordentliche Versammlung aller Grundherren einberufen, die den Befehl hatten, am nächsten Tage beim Gericht eine Reklamation einzureichen.

Nach in derselben Nacht wurden alle wieder gemacht. Alle als wertig waren wurden über den Hof gebracht, um den Grundherren mitzutun, daß alle sich um den Hof (ich) in den Hof zu verarmen sollten.

Am nächsten Morgen wurden alle über den Hof gebracht, um den Grundherren mitzutun, daß alle sich um den Hof (ich) in den Hof zu verarmen sollten.

Fortsetzung folgt